



## Presse – Ausschnitt FLZ - Neustadt - Uffenheim vom 14.09.2018

# Stadträte fürchten ein Verkehrschaos

Haltestellenproblematik in der Ansbacher Straße

VON PATRICK LAUER

**NEUSTADT** - Ein Lehrstück über die Unvereinbarkeit verschiedener Ansprüche und Vorstellungen war am Mittwochabend im Neustädter Stadtrat zu erleben. Thema war - wieder einmal - der geplante Aus- und Umbau der Ansbacher Straße. Trotz aller gegenteiligen Auffassungen und Meinungen durfte Bürgermeister Klaus Meier zum Ende dennoch konstatieren, man habe „sachlich und konstruktiv“ zusammengearbeitet.

Dass es in manchen Fragen keine Einigung geben kann, war von vornherein klar. Wenn beispielsweise der Staat vorschreibt, dass Bushaltestellen künftig barrierefrei auszubauen sind, so benötigt man dafür wesentlich mehr Raum, als das für bisher übliche Haltestellen notwendig ist. Damit jedoch ist der Wunsch, beim Straßenausbau möglichst alle Parkplätze zu erhalten, beim besten Willen nicht zu erfüllen, denn der zur Verfügung stehende Raum ist bekanntlich nicht unbegrenzt.

**Bushaltestellen müssen barrierefrei gestaltet werden**

Georg Strebel hatte im Vorfeld dennoch versucht, möglichst viele Begehrlichkeiten in der Planung abzubilden und unter einen Hut zu bringen. Dieses tapferere Bemühen setzte er in der Sitzung fort. Der stellvertretende Bauamtsleiter präsentierte zunächst die zwei angesprochenen Busstationen bei der Berufsschule, deren angedachte Verlegung in die Comeniusstraße sich nach einem Einspruch des Landkreises als nicht realisierbar erwiesen hatte. Somit werden die Stationen im Wesentlichen an ihren jetzigen Standorten verbleiben - für die künftigen Niedrigflurbusse allerdings wesentlich länger (90 Meter) als bisher ausgestaltet. Dafür jedoch ist

auf der östlichen Seite - also dort, wo die Fahrzeuge bergab in Richtung Innenstadt fahren - schlicht nicht genügend Platz vorhanden. Grund: Der dahinter liegende Parkplatz, von dem man für die Haltestelle einen Teil benötigt, gehöre dem Landkreis, der ihn angesichts der Berufsschule für unverzichtbar halte. Deshalb müsse die eigentliche Haltestelle „auf der Fahrbahn“ platziert werden - ein Umstand, der für eine längere Debatte sorgte. Während Bernd Schnizlein in seiner Funktion als Behindertenbeauftragter erklärte, so etwas werde angesichts des geforderten Ausbauvolumens - „allein in Neustadt haben wir 40 Bushaltestellen, und von denen ist keine einzige bisher barrierefrei“ - immer häufiger vorkommen, hielt die Mehrheit dieses Konzept für grundverkehrt. Wilfried Westhauser (CSU) sprach von einem drohenden „Verkehrschaos“ in den Stoßzeiten, wenn sich die Autos dort hinter einem auf der Straße haltenden Bus stauten - ähnliche Worte wählte Heike Gareis (SPD). Der Kompromiss? Klaus Meier erklärte sich bereit, mit dem Landkreis „intensiv zu verhandeln“, um vielleicht doch ein kleines Stückchen des besagten Parkplatzes erwerben zu können. „So tragisch kann es doch nicht sein, wenn dort dann zwei oder drei Plätze wegfallen.“

Sehr entgegenkommend hatte sich der Landkreis an anderer Stelle gezeigt. Auf eigene Kosten, so das Angebot an die Stadt, wolle man die bestehenden Parkplätze an der Bahnlinie - erreichbar über eine schmale Zufahrt neben dem dortigen Sparkassenhäuschen - um weitere 14 Stück aufstocken. Dies wiederum kam Wilfried Westhauser und Reinhard Wendel (FWG) entgegen, die stets Ersatz für die durch den Ausbau wegfallenden Parkplätze auf der Westseite (bergauf) der Ansbacher Straße gefordert hatten. Allerdings relativierte Wendel den Wert dieser



Die Bushaltestellen vor der Berufsschule auf beiden Seiten der Ansbacher Straße in Neustadt: Der gesetzlich vorgeschriebene barrierefreie Ausbau wird die vorhandenen Schrägparkplätze kosten und ist auf der anderen Straßenseite wahrscheinlich nur dann zu realisieren, wenn die Busse künftig auf der Straße halten.  
Foto: Patrick Lauer

neuen automobilen Abstellräume für die Innenstadt - wesentlich wichtiger sei aus Sicht der „Einkaufsstadt, die wir doch bleiben wollen“, die Schaffung neuen Parkraums im unteren Bereich der Straße. Westhauser brachte in diesem Zusammenhang die „sehr breite Bahnhofstraße“ ins Gespräch - zusätzliche Schrägparkplätze seien dort vorstellbar. Für Klaus Meier und Georg Strebel durchaus eine Option: „Das prüfen wir.“

**Elf neue Bäume sind zu wenig für die Grünen**

Mehr Grün für die Ansbacher Straße hatten die Grünen gefordert - auch hier hatte sich Strebel nach Kräften bemüht. Neun neue Bäume wolle man auf der Westseite pflanzen lassen, zwei weitere auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Für Monika Gaubitz (Grüne) war dies noch zu spärlich, denn abgesehen von der Optik werde „Beschattung“ immer wichtiger. Doch Gaubitz' diesbezüglicher Appell wird voraussichtlich nutzlos bleiben - aufgrund der schier

ren Masse an Versorgungsleitungen, die auf der Ostseite unter der Straße verliefen, seien mehr Baumpflanzungen schwerlich realisierbar.

Beschlossen wurde schließlich unter anderem, die Bushaltestellen in der Straße barrierefrei auszubauen (einstimmig) und zwei bis drei zusätzliche Parkplätze im Bereich der katholischen Kirche zu schaffen (einstimmig), was vor allem die Kirchengemeinde gefordert hatte. Die Berufsschul-Bushaltestelle auf der Ostseite wird notgedrungen auf der Fahrbahn eingerichtet, wenn die Nachverhandlungen mit dem Landkreis keine andere Lösung ergeben (gegen fünf Stimmen), und die von Strebel geplanten elf neuen Bäume werden gepflanzt (gegen eine Stimme). Ebenfalls eine Mehrheit gab es dafür, den sogenannten Radschutzstreifen auf der Westseite der Straße an der neuen Bushaltestelle vorbei bis zum Beginn der Bahnunterführung zu verlängern (gegen vier Stimmen), wogegen sich vor allem Jutta Bauerreiß (CSU) ausgesprochen hatte. Die Radler an der Haltestelle vor-

beizuführen, halte sie für gefährlich - sinnvoller sei es, sie zuvor auf den kombinierten Geh- und Radweg zu leiten und somit abseits der Straße fahren zu lassen. Damit jedoch, so Strebel, seien „Konflikte“ mit den an der Haltestelle Wartenden programmiert - ein Argument, dem sich die Mehrheit anschloss.

Manfred Dietlein (SPD) zog das Fazit: „Wir planen schließlich nicht auf der grünen Wiese, sondern mitten in der Stadt - mehr Platz ist eben nicht vorhanden. Was uns hier vorgelegt wurde, ist ein tragfähiger Kompromiss.“

Kurz angesprochen wurde auch die Frage der Kosten. „Sehr grob geschätzt“, so Strebel, werde man mit einem Gesamtpreis von 1,15 Millionen Euro für den Ausbau kalkulieren müssen - rund 670.000 Euro davon werde die Stadt zu tragen haben. In diesem Zusammenhang bezeichnete es Klaus Meier als „sehr ärgerlich“, dass es nach dem Wegfall der Straßenausbaubeitragsatzung noch immer keine Einnahmenersatzregelung für die Kommunen gebe.